

Lüder Gerken • Joachim Starbatty

---

Schlesien auf dem Weg in die Europäische Union

*Marktwirtschaftliche*  
**REFORMPOLITIK**

*Schriftenreihe der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft N. F.*

Herausgegeben von

Rolf Hasse und Joachim Starbatty

Bd. 6: Schlesien auf dem Weg in die Europäische Union –  
Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft  
und Christliche Gesellschaftslehre

# Schlesien auf dem Weg in die Europäische Union

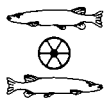
**Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft  
und Christliche Gesellschaftslehre**

Herausgegeben von

Lüder Gerken und Joachim Starbatty

Mit Beiträgen von

Tadeusz Donocik • Ulrich Ernst • Lüder Gerken  
Theodor Herr • Eugen Hillengass • Heinz J. Kiefer  
Paul Klemmer • Jan Kopiec • František Lobkowicz  
Stanislaw Rabiej • Romuald Rak • Alfred Schüller  
Martin Seidel • Joachim Starbatty • Eberhard Steinmetz  
Axel Stühmer • Stanislaw Tillich • Rüdiger von Voss  
Hans-Jürgen Wagener • Hans Willgerodt



Lucius & Lucius • Stuttgart

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Schlesien auf dem Weg in die Europäische Union – Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft und Christliche Gesellschaftslehre / hrsg. von Lüder Gerken und Joachim Starbatty. – Stuttgart : Lucius und Lucius 2001

(Marktwirtschaftliche Reformpolitik ; N.F., Bd. 6)

ISBN 3-8282-0155-5

© Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH • Stuttgart • 2001

Gerokstraße 51 • D-70184 Stuttgart

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urhebergesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Druck und Einband: Spiegel, Ulm

Printed in Germany

# Vorwort

Die Dokumentation interdisziplinärer Symposien ist ein Risiko, zumal wenn die Teilnehmer aus unterschiedlichen Berufsfeldern kommen. Oft sind die Aufsätze heterogen und die Qualität schwankend. Doch läßt sich ein umfassender Problem- aufriß nur so gewinnen. Dies gilt vor allem für die Region Schlesien.

Kurt Biedenkopf hat das Phänomen, daß viele Bürger in den neuen Bundes- ländern die oft existentiellen Umwälzungen erstaunlich gut überstanden hätten, mit ihrer Verwurzelung in heimischer Scholle und historischem Bewußtsein er- klärt. Die Menschen wüßten, daß auch nach schweren Schlägen, die die Region getroffen hätten, das Leben weitergehe und daß sich das Schicksal schließlich auch zum Guten wende. Haben aber die Menschen in Schlesien, nachdem der Großteil der deutschen Bevölkerung vertrieben wurde und sie ihrerseits auch Vertriebene war, ein solches Bewußtsein in der historisch kurzen Zeitspanne von ca. 50 Jahren erwerben können? Hat die Katholische Kirche beim Abstreifen der alten Haut des homo sovieticus helfen können? Hat sie dazu beigetragen, daß verbliebene Deutsche und Polen – aus teilweise unterschiedlichen Kulturkreisen – zusammenleben können?

Wie kann man Brücken bauen und vor allem Menschen in Schlesien dazu bewe- gen, solche Brücken auch zu betreten, zumal sie zumindest unerschwinglich be- fürchten, daß ihnen genommen werden könnte, was ihnen in den letzten Jahren zugewachsen ist? Menschen, die sich bisher fremd gegenüberstanden, müssen lernen, aufeinander zuzugehen und miteinander zu arbeiten. Im Zuge der Erweite- rung der Europäischen Union (EU) werden sich Regierungen, Verwaltungen und Bürger auch schwertun bei der Übernahme des Acquis communautaire, der auf einem anderen Fundament entstanden und teilweise aus spezifischen Situationen erwachsen ist.

Schlesien muß sich in einem gewaltigen Umstrukturierungsprozeß von den traditionellen Industrien Kohle und Stahl lösen; investitionsbereite Ersatzindustrien stehen kurzfristig nicht zur Verfügung. Wer mit offenen Augen durch diese traditio- nelle Industrieregion fährt, dem bleibt nicht verborgen, daß sie ausgequetscht wurde. Die erwirtschafteten Mittel sind nicht in die Erhaltung der Infrastruktur reinvestiert worden. Bei dem Sprung aus abgeschotteter sozialistischer Ordnung in die Weltwirtschaft ist natürlich auch der Strukturwandel abrupt; das sozialisti- sche Planungssystem hat über Jahrzehnte hinweg eine – an weltwirtschaftlichen Maßstäben gemessen – unwirkliche Effizienz vorgespiegelt.

Wenn Wissenschaftler, Politiker, Kleriker und Unternehmer nach einer geeigne- ten Transformationsstrategie suchen, dann steht natürlich ein Konzept wie das der Sozialen Marktwirtschaft, zu deren konzeptioneller Ausgestaltung Franz Böhm, Ludwig Erhard, Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke und

Alexander Rüstow wesentlich beigetragen haben, auf dem Prüfstand. Der deutsche Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, der teilweise auch ein Systemwechsel war, wird von vielen Menschen in den Reformländern als vorbildhaft betrachtet. Auch hofften sie wohl darauf, daß sich im Rahmen einer solchen Ordnungskonzeption Sicherheiten, die dem sozialistischen System zugute gehalten werden, mit marktwirtschaftlicher Dynamik, ausgedrückt in hoher individueller Kaufkraft, verbinden ließen. Demgegenüber machten Reformer, wie der Pole Leszek Balzerowicz und der Tscheche Vaclav Klaus, unmißverständlich klar, daß es eine solche Kombination nicht gibt. Sie lehnen daher die Soziale Marktwirtschaft als Ordnungsform ab. Sie lassen sie allenfalls als Slogan gelten, um Wahlen zu gewinnen. Die Skepsis gegenüber der Sozialen Marktwirtschaft fällt gerade bei informierten polnischen Staatsbürgern auf. Daher haben die Herausgeber auf eine klärende ordnungspolitische Diskussion großen Wert gelegt. Aus unterschiedlichen Perspektiven sind Einsichten zusammengetragen worden, die sich als Bausteine zu einem politischen Programm zusammenfügen. Auf jeden Fall machen sie klar, was das Konzept leisten kann und was es nicht leisten darf.

Wer die hier dokumentierten Beiträge studiert hat, wird in der Tat feststellen, daß sie heterogen sind, aber er wird zugleich auch entdecken, daß es keinen vergleichbar informativen Band über die Brückenregion Schlesien gibt. Es haben sich Gesprächspartner zusammengefunden, die vielfach bisher noch in keinerlei Kontakt zueinander standen. Entsprechend intensiv und teilweise auch schwierig und langwierig war die wissenschaftliche Vorbereitung dieses Projekts. Die Herausgeber hätten sich auf ein solches Unterfangen nicht ohne die Unterstützung und den Rat von Heinz J. Kiefer einlassen können. Seine Erfahrung bei der Führung interdisziplinärer Gespräche und die intimen Kenntnisse seiner Heimat Schlesien waren für das Gelingen geradezu konstitutiv. Er hat auch die Kontakte zu den Episkopaten Oppeln und Gleiwitz hergestellt. Wir danken Erzbischof Alfons Nossol und Weihbischof Jan Kopiec (Bistum Oppeln) sowie Bischof Jan Wieczorek und Protonotar Paul Pырchala (Bistum Gleiwitz) für ihre Mitwirkung und die Unterstützung des gemeinsamen Symposions. Wir hoffen auf eine Fortsetzung der so fruchtbaren Begegnung.

Erzbischof Nossol und Bischof Wieczorek waren neben Erzbischof Zimon (Kattowitz) auch Schirmherren unseres Symposions. Wir danken ihnen wie auch Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, und Sejmik-Marszalek Jan Olbrycht (Kattowitz) für die Übernahme der Schirmherrschaft. Sie haben damit die grenzüberschreitende Bedeutung des Symposions unterstrichen.

Eine besondere Freude war für die Teilnehmer des Symposions, daß sie in Plawniowitz, dem früheren Schloß der Grafen Ballestrem, tagen konnten, heute das Exerzitieshaus des Bistums Gleiwitz. Das Schloß ist liebevoll restauriert worden, und der angrenzende Park dient der Sammlung und dem Gespräch.

Dem Leiter des Hauses, Krystian Worbs, sagen wir Dank für Unterstützung und Gastfreundschaft.

Wir danken Waldemar Kuwaczka und seinem Team für die Hilfe bei der Vorbereitung der Tagung, für glänzende und rasche Übersetzungstätigkeit und für die professionelle Internet-Präsentation der Veranstaltung. Besonders danken wir Axel Stühmer, Geschäftsführer der ASM, und Andreas Schneider, Mitarbeiter der ASM, für unermüdlichen und effizienten Einsatz bei der Vor- und Nachbereitung des Symposiums und bei dessen Durchführung vor Ort.

Der Tagungsband dokumentiert einen Beginn. Wir hoffen, eine intensive Diskussion über die Brückenregion Schlesien angestoßen und ein Fundament sowohl für weiterführende wissenschaftliche Studien als auch für praktische Politik geschaffen zu haben.

Lüder Gerken

Joachim Starbatty

Walter Eucken Institut

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft





# Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort</b>	V
<b>Einführung in das Symposion</b> <i>Joachim Starbatty und Axel Stühmer</i>	XIII
<b>I. Vermächtnis und Auftrag</b>	
Das ordnungspolitische Erbe von Kreisau <i>Rüdiger von Voss</i>	3
<b>II. Die Bedeutung der Kirche</b>	
Profil und Charakteristika der Diözese Oppeln <i>Jan Kopiec</i>	21
Ökumenischer Dialog und der Integrationsprozeß Europas <i>Stanislaw Rabiej</i>	29
Kirchen und Gesellschaft in Mittel- und Osteuropa auf dem Weg nach Europa – aus der Perspektive von Renovabis <i>Eugen Hillengass</i>	35
<b>III. Christentum und Soziale Marktwirtschaft</b>	
Soziale Marktwirtschaft – Worthülse oder Programm? <i>Joachim Starbatty</i>	43
Christliches Menschenbild und das Grundproblem der Sozialpolitik <i>Alfred Schüller</i>	57
Das Engagement der Christen in Wirtschaft und Gesellschaft <i>Romuald Rak</i>	67

Unsere Aufgabe: Wieder Respekt vor- und füreinander empfinden! <i>František Lobkowitz</i>	77
Kirchliche Sozialverkündung heute <i>Theodor Herr</i>	83
Christliche Ethik und wirtschaftliche Wirklichkeit <i>Hans Willgerodt</i>	89
 <b>IV. Freiheit, Transformation und Wettbewerb der Regionen</b>	
Gesamtwirtschaftliche Effizienz versus individuelle Freiheit als Referenzkriterium für Wirtschaftspolitik <i>Lüder Gerken</i>	111
Rückkehr nach Europa <i>Hans-Jürgen Wagener</i>	133
Regionalisierung der Verwaltung und Strukturförderung in Polen <i>Ulrich Ernst</i>	161
 <b>V. Schlesien in der Umstrukturierung</b>	
Komplexe Regionalanalyse Oberschlesiens – Trilateralität, Interdisziplinarität und Kooperation als Elemente regionaler Ordnungspolitik <i>Heinz J. Kiefer</i>	169
Programme der polnischen Regierung und der regionalen Selbstverwaltungsorgane zur Umstrukturierung Schlesiens <i>Tadeusz Donocik</i>	187
Was kann Polen aus dem Strukturwandel des Ruhrgebiets lernen? <i>Paul Klemmer</i>	195

Aufgaben und Möglichkeiten der Weiterbildung bei Strukturveränderungen in Industrieregionen am Beispiel des Ruhrgebietes <i>Eberhard Steinmetz</i>	203
<b>VI. Der Weg in die Europäische Union</b>	
Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit des Freistaates Sachsen mit der Republik Polen und der Tschechischen Republik <i>Stanislaw Tillich</i>	217
Schlesien als Region Polens in der Europäischen Union <i>Martin Seidel</i>	225
<b>VII. Zusammenfassungen</b>	
Zusammenfassung des Symposions auf polnisch	243
Zusammenfassung des Symposions auf tschechisch	247
<b>Verzeichnis der Autoren</b>	251



## **Einführung in das Symposium**

*Joachim Starbatty und Axel Stühmer, Tübingen*

Auf Schloß Plawniowitz bei Gleiwitz (Oberschlesien) fand vom 4. bis 7. Mai 2000 das 7. Alfred Müller-Armack-Symposium statt. Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft veranstaltete es zusammen mit dem Walter Eucken Institut (Freiburg/Br.). Oberschlesien als Region mitten im Herzen Europas erweckt wegen seiner wechselhaften und reichen Geschichte auch heute noch die Anteilnahme vieler Menschen, vor allem derer, die von dort stammen. Sie wird bei der Osterweiterung der EU eine zentrale Rolle spielen. Ziel des Symposiums war es, in einen Dialog mit Entscheidungsträgern aus Kirche, Politik und Wirtschaft einzutreten, um so zur Erkennung und Lösung der strukturellen Probleme Oberschlesiens beizutragen und Perspektiven für den EU-Beitritt Polens und der Tschechischen Republik aufzuzeigen.

Carl Goerdeler, Kopf des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, ahnte frühzeitig (1937), daß die Gewaltherrschaft Deutschland in eine Katastrophe führen müsse. Er sagte über das nicht geglückte Attentat des 20. Juli 1944, daß es hinter dem, was an unserem Volke und anderen Völkern verbrochen worden sei, vollkommen zurücktrete. „In Wahrheit handelt es sich um einen großen, verzweifelten Versuch, das Vaterland und die Welt aus dem entsetzlichen Unglück zu retten, in das unendliche Schuld sie versetzt hat“. Die erst jüngst überwundene deutsche Teilung und der Verlust der deutschen Ostgebiete sind der Preis für das nationalsozialistische Unheil, unter dem gerade Ost- und Mitteleuropa gelitten hat.

Kreisau, das schlesische Gut des preußischen Generalfeldmarschalls Helmuth Graf von Moltke, steht symbolhaft für den deutschen Widerstand. Bereits in den Überlegungen der Kreisauer und ihren Entwürfen für die Zeit nach der Überwindung des Nationalsozialismus wurde die Verständigungspolitik nach Osten als unverzichtbar angesehen, um eine neue Stabilität für Europa und ein höheres Maß an friedlicher Verständigung der Völker in der internationalen Politik erreichen zu können. Es ist heute zu einer eindrucksvollen europäischen Begegnungsstätte ausgebaut worden. Kreisau steht für Verbundenheit und Aufbruch in einem europäischen Frieden und für den demokratischen Neubeginn. Die Tagung wollte auch die Chancen eines wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzepts, das

sich im nachkriegszeitlichen Deutschland bewährt hatte, in der Umstrukturierung des oberschlesischen Industriereviere ausloten.

Ein Spezifikum Oberschlesiens und ganz Polens ist der Katholizismus, der sich auch und gerade in der Zeit der kommunistischen Diktatur behaupten konnte. Aus diesem Grunde ging mit dem Zusammenbruch des Kommunismus nicht wie z.B. in Rußland ein allgemeiner Werteverlust und eine weitreichende weltanschauliche Orientierungslosigkeit einher; vielmehr bildete das vitale christliche Menschenbild die Basis für die rasche Überwindung des totalitären Regimes; es war eine wesentliche Grundlage für rasche Erfolge bei der Transformation der planwirtschaftlichen in marktwirtschaftliche Strukturen. Der Zusammenhang zwischen christlichem Menschenbild und Transformationserfolgen liegt in der Tatsache begründet, daß in der Christlichen Gesellschaftslehre wie in der Sozialen Marktwirtschaft Subsidiarität und Solidarität als Grundlagen menschlichen Handelns angenommen und gefordert werden. Die Soziale Marktwirtschaft will den Leistungswettbewerb fördern, unternehmerische Freiheit gewährleisten und unter Rücksichtnahme auf Schwächen des Individuums einen möglichst effizienten Einsatz der vorhandenen Produktionsmittel sicherstellen. Christliche Gesellschaftslehre und Soziale Marktwirtschaft sind hinsichtlich ihrer Verhaltensfundierung somit zwei Seiten ein und derselben Medaille und bilden eine wichtige Grundlage für den Umstrukturierungsprozeß Oberschlesiens.

In Oberschlesien stellt die Montanwirtschaft – analog zu den Entwicklungen im deutschen Ruhrgebiet – das wesentliche strukturelle Problem dar: Der Bergbau in der Region ist angesichts der Notwendigkeit, die Fördermengen binnen weniger Jahre zu halbieren, einem massiven Strukturwandel unterworfen. Die Arbeitslosigkeit im schlesischen Revier hat daher erheblich zugenommen und wird sich auch auf absehbare Zeit nicht wesentlich verringern. Der vorhandene Kapitalstock – vor allem im Bergbau gebunden – ist wie die Bausubstanz in den Städten und der Maschinenbesatz in der Landwirtschaft überaltert; nach 40 Jahren sozialistischen Raubbaus sind große Herausforderungen im ökonomischen wie im ökologischen Bereich zu bewältigen.

Oberschlesien kann die umfangreichen Umstrukturierungs- und Sanierungsaufgaben nicht aus eigener Kraft lösen. Dennoch geben neben der starken religiösen Verankerung der Bevölkerung die lange Bergbautradition und die daraus resultierenden Charaktereigenschaften der Bevölkerung Grund zur Hoffnung: Bergleute sind es gewohnt, Verantwortung zu übernehmen und verlässlich zu handeln. Diesen Standortfaktor sollten ausländische Investoren nicht unterschätzen.

Um eine erfolgreiche Umstrukturierung und Sanierung zu gewährleisten, müssen allerdings Unternehmergeist entwickelt und ausländisches Investitionskapital ins Land geholt werden; nur so kann dem weiteren Verfall der Strukturen entgegengewirkt werden. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen – seit

jeder und weltweit innovative Motoren für Beschäftigung und Wachstum – müssen entstehen. Hierfür muß Wagniskapital verfügbar sein; Technologietransfer durch ausländische Direktinvestitionen und Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen können dazu beitragen. Schließlich würde die ökonomische, rechtliche und kulturelle Einbeziehung der Alt-Schlesier in die langfristige Umstrukturierung nicht nur die Glaubwürdigkeit der Anwendung des Heimatrechts stärken und ein Werk des Friedens sein; sie würde darüber hinaus die trilaterale Identität, das europäische Bewußtsein und dringend benötigte Substanz in den Bereichen Human- und Sachkapital stärken.

Die Zentralregierungen müssen die Selbstheilungskräfte der Region aktivieren und die Schaffung eines verlässlichen Ordnungsrahmens prozeß- und transferpolitischen Eingriffen vorziehen. Es ist zu wünschen, daß die polnische Verwaltungsreform von 1998 und die damit verbundene Neuorganisation der Wojewodschaften sowie deren Selbstverwaltungen die Region stärken.

Wird diese Reform einen Institutionenwettbewerb einleiten, so ist zu erwarten, daß staatliche Mittel effizienter genutzt werden. Regionalprogramme wollen finanzielle Hilfe für kleine und mittelständische Unternehmen, für die Infrastrukturentwicklung und die Umstrukturierung der Montanindustrie bereitstellen. Sie weisen in die richtige Richtung, müssen aber unter Beibehaltung bzw. Schaffung marktnaher Allokationsmechanismen ausgebaut werden. Weiterhin bietet das dichte Fachhoch- und Hochschulnetz Voraussetzungen für die Humankapitalbildung und die technologische Revitalisierung in Oberschlesien. Allerdings kann die Bildung in diesem Prozeß nur eine katalytische Funktion übernehmen und die wirtschaftliche Entwicklung stützen und beschleunigen; sie kann keinesfalls unternehmerische Initiative ersetzen. Außerdem muß das touristische Potential Oberschlesiens mit seinen Wäldern, Seen, Kirchen, Klöstern und Schlössern stärker genutzt und im Ausland bekannt gemacht werden.

Im Hinblick auf den Beitritt Polens zur Europäischen Union nimmt Schlesien eine Schlüsselposition ein. Als Brückenregion steht es im Blickfeld der anderen Länder Europas, die an der dortigen Entwicklung und den Umstrukturierungserfolgen den Willen und die Bereitschaft der Nationalstaaten zu internationaler Kooperation ablesen können. Polen und Tschechien müssen sich dieser Vorreiterrolle Schlesiens bewußt sein. Sie müssen in den kommenden Jahren den unter kommunistischer Herrschaft verpaßten Entwicklungs- und Konvergenzprozeß Kerneuropas nachholen und den in der EU wirksamen Ordnungsprinzipien der Rechtsstaatlichkeit, der Demokratie und der Marktwirtschaft Geltung verschaffen; sie müssen weiter den „Acquis Communautaire“ der EU adaptieren. Keine leichte Aufgabe, zumal im „Acquis“ viel dirigistisches Beiwerk mitgeschleppt wird.

Diesen Anforderungen an die Beitrittskandidaten steht die Tatsache gegenüber, daß es in den betroffenen Ländern oftmals als Kränkung empfunden wird, auf die Aufnahme in die EU warten zu müssen und mit immer neuen Beitritts-

voraussetzungen konfrontiert zu werden. Die Menschen in Polen und Tschechien fühlen sich als Europäer, sind Teil der europäischen Kultur und können dem Bürokratismus aus Brüssel immer weniger Verständnis entgegenbringen.

Schlesien kann als Brückenland zwischen Deutschland, Polen und der Tschechischen Republik nach Aufnahme Polens und Tschechiens in die EU erneut eine Wachstumsregion werden. Nach den geltenden Regelungen der EU ist sogar davon auszugehen, daß Oberschlesien als besonders förderungswürdige Region – sogenannte Ziel-1-Region – eingestuft wird. Allerdings müssen hierzu noch einige Voraussetzungen erfüllt werden, die innerhalb der EU selbstverständlich sind. So die diskriminierungsfreie Zulassung ausländischer Banken und die Möglichkeit zum Grunderwerb für Ausländer. Außerdem sollten günstige Bedingungen für grenzüberschreitend tätige Unternehmen beispielsweise im Hinblick auf die Repatriierung von Gewinnen und die Rechtssicherheit geschaffen werden.

Die Grenzregionen müssen wirtschaftspolitische Spielräume wahrnehmen können, um ihre Randlage in eine Chance ummünzen zu können. Ein wesentlicher Katalysator dafür ist die konsequente Anwendung des Subsidiaritätsprinzips. Hierfür bietet der „Ausschuß der Regionen“ in der EU eine wichtige und tragfähige Grundlage. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist die Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastruktur, um die Mobilität von Gütern und Arbeitskräften innerhalb der Region zu stärken. Schließlich sollte die Kooperation im Bildungsbereich, dem Polizeiwesen, in Umweltschutz und Landwirtschaft sowie in den Bereichen Kunst, Kultur und Städtepartnerschaft weiter ausgebaut werden. Vielversprechende Ansätze in diesen Bereichen bestehen bereits. Ganz entscheidend für die Entwicklung der schlesischen Grenzregionen in Polen, der tschechischen Republik und Deutschland ist die Überwindung der menschlichen und mentalen Blockade in den Köpfen, die teilweise aus der Nachkriegsordnung, teilweise aber auch aus den in Zeiten des Kalten Krieges geschürten Ressentiments resultiert. Das Symposium wollte vor diesem Hintergrund eine Brücke bauen, auf der sich die Menschen in Schlesien und Europa entgegenkommen können.



# I. Vermächtnis und Auftrag



## Das ordnungspolitische Erbe von Kreisau

*Rüdiger von Voss, Bonn*

Mein herzlicher Dank gilt den Veranstaltern für die Einladung, am 7. Alfred Müller-Armack Symposium hier in Schlesien an einem traditionsreichen Ort mitzuwirken. Eine Vorbemerkung sei mir erlaubt: Meine folgenden Ausführungen zur Geschichte und den programmatischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises stützen sich auf wissenschaftliche Arbeiten, auf die ich die Interessierten hinweisen darf. Es handelt sich um die Publikation von Ger van Roon „Neuordnung im Widerstand“ (1967) und die Promotion von Albrecht von Moltke, die 1989 publiziert wurde und sich mit den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises innerhalb der Deutschen Widerstandsbewegung beschäftigt. In diesem Band findet sich im übrigen eine detaillierte Darstellung der Lebenswege der Mitglieder des Kreisauer Kreises, ihrer politischen Herkunft und ihrer Vorstellungen. Sichtbar werden auch die unterschiedlichen Akzentuierungen, die zu Teilen weit in die Zukunft greifen. Derselbe Autor hat im Rahmen der von mir weit über 20 Jahre lang geleiteten „Forschungsgemeinschaft 20. Juli“ und der von dieser veranstalteten Königswinterer Tagungen einen Vortrag gehalten, der 1992 in dem Band „Deutscher Widerstand – Demokratie heute“ publiziert wurde.

Ich weise auf diese Publikation und auf den 1997 veröffentlichten Tagungsband „Widerstand und Verteidigung des Rechts“ hin, weil in beiden Bänden weitere detaillierte Arbeiten vorgelegt wurden, die sich eingehend mit Geschichte und Programm des Kreisauer Kreises beschäftigen. Insoweit nehme ich Bezug auf Arbeiten von Peter Steinbach und Roman Bleistein, die sich ebenso detailliert mit der historischen Bedeutung des Kreisauer Kreises auseinandersetzen wie mit dessen christlichem und kirchlichem Hintergrund.

Bezugzunehmen ist des weiteren auf die Denkschrift des „Freiburger Kreises“, die unter dem Titel „In der Stunde Null“ 1979 erstmals publiziert wurde, und auf die von mir und meinem Schwager Gerhard Ringshausen zu verantwortende Publikation der Deutschlandpläne im Widerstand und Exil, die unter dem Titel steht „Die Ordnung des Staates und die Freiheit des Menschen“. Diese Publikation zeigen den Spannungsbogen, in den die Kreisauer Vorstellungen eingepaßt werden müssen, wenn man zu einer ausgewogenen Beurteilung der unterschied-

lichen Ordnungsvorstellungen des Deutschen Widerstandes in der Zeit des nationalsozialistischen Gewaltregimes kommen will. Diese Publikationen erleichtern ein tiefergehendes Studium und bereichern ganz sicherlich auch nachfolgende Diskussionen über diese Tagung.

Erlauben Sie mir einen Hinweis zur Gliederung meines Vortrages. Notwendig erscheint mir eine allgemeine einführende Anmerkung zur Geschichte und den Programmvorstellungen des Deutschen Widerstandes zur Neuordnung Deutschlands nach dem Ende der Diktatur. Ich werde dann etwas detaillierter auf die geschichtliche und politische Bedeutung des Kreisauer Kreises eingehen und anschließend das Staatsverständnis erläutern, das den Kreisauer Denkschriften zugrunde liegt. Diesen Ausführungen schließt sich eine Darstellung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Kreisauer Kreises an.

Angelehnt an ein Wort von Theodor Heuss anlässlich des 10. Jahrestages des 20. Juli 1944 könnte man auch mit Bezug auf das dieser Tagung gestellte Thema sagen: Der Verlauf der deutschen Geschichte des hinter uns liegenden Jahrhunderts ist Vermächtnis und Auftrag zugleich, wenn man darüber nachdenken will, wie es gelingen kann, unter jeweils veränderten Bedingungen eine freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche, sozialverantwortete und zukunftsfähige Ordnung von Staat und Gesellschaft im Interesse des Menschen zu gewährleisten.

Hatten die Deutschen schon die Revolution von 1918 und das Scheitern des Wilhelminischen Kaiserreiches nicht angemessen politisch verarbeitet, so war es dann auch das Schicksal der Weimarer Republik, daß sich die demokratischen Kräfte nicht gegen den Ansturm der totalitären Versuchung zur Wehr setzen konnten.

Der Weimarer Republik fehlte der für eine freiheitliche demokratische Grundordnung notwendige geistige wie politische Zusammenhalt und der für die Wahrnehmung demokratischer Freiheitsrechte notwendige Konsensus einer notfalls streitbaren Demokratie. Das Trauma der Niederlage im 1. Weltkrieg löste Träume von einer „anderen Republik“ aus, die ein Vakuum entstehen ließen, in das dann radikale Kräfte von rechts wie von links stoßen konnten. Aus heutiger Sicht steht man sprachlos vor einer Entwicklung, die dann sukzessive zum Niedergang des Rechtsstaates, zur Zerstörung der Weimarer Verfassung und der hieraus folgenden politischen Ordnung von Staat und Gesellschaft führte, und die eine totalitäre Herrschaft entstehen ließ, die ohne Vorbehalt als eine welthistorische Katastrophe zu bezeichnen ist.

Fragt man dann nach der Wirkungsmächtigkeit des Deutschen Widerstandes, so begegnet man entweder bis heute breitem Unverständnis und historischer Unkenntnis oder aber dem Vorbehalt des Landesverrates oder – wie Joachim Fest es genannt hat – der resignierenden Beurteilung eines Aufstandes der „letzten Kolonne“. Der „Aufstand des Gewissens“ ist und bleibt eine provokative Anfrage an die von dem Philosophen Helmut Plessner kritisch beschriebene

„verspätete Nation“ der Deutschen. Und so ist und bleibt der 20. Juli 1944 anders als die Résistance in Frankreich und der Widerstand in vergleichbaren westlichen Ländern kein die Deutschen geistig vereinigendes Band oder staatlicher Gedenktag, sondern beschränkt sich auf eine jährlich sich vollziehende Überprüfung von politischem Ethos in jeweils unterschiedlicher politischer Vorstellung von Rechtsstaat und Demokratie, von Freiheit und Gerechtigkeit, von Subsidiarität und Solidarität. Wie Theodor Heuss also sagte, bleibt der Widerstand Vermächtnis und Auftrag zugleich.

Bezogen auf die Vorstellungen des Deutschen Widerstandes zur Neuordnung Deutschlands kann mit Fug und Recht gesagt werden, daß kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen den Diskussionen während der Diktatur und den Beratungen besteht, die zu dem am 23. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat angenommenen Grundgesetz führten. Fragt man heute die politischen Parteien in Deutschland, so kann allerdings nicht übersehen werden, daß die Väter und Mütter des Grundgesetzes durch die Erfahrungen von Widerstand und Exil geprägt waren. Dies gilt für die konservative ebenso wie für die liberale und sozialdemokratische Seite des politischen Spektrums. Es ist insbesondere die Erfahrung der Weimarer Reichsverfassung und die sich daran anschließende Diskussion über die Neuordnung Deutschlands während des Widerstandes, die den Übergang zu einer neuen Staats- und Verfassungsordnung ermöglichte. Hinzu kam die Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945, die es notwendig machte, Ordnungsvorstellungen der Alliierten in die innerdeutsche Diskussion zu integrieren und insoweit Rücksicht zu nehmen auf veränderte außen- und sicherheitspolitische Parameter, die gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch das Ausbrechen des Kalten Krieges geprägt wurden.

So muß man sagen, daß die programmatischen Vorentwürfe des Deutschen Widerstandes und des Exils, also auch der Kreisauer Zukunftsentwurf, einen ebenso eigenen Rang einnehmen wie die politischen Ordnungsdebatten im Kontext der verfassungsgebenden Versammlungen und die daraus folgende Verfassungsgebung, die die gesamte Nachkriegszeit bestimmten und in ihren Kernelementen auch heute das wiedervereinigte Deutschland definieren. Die Dokumente des Deutschen Widerstandes spiegeln zum einen die Reaktionen auf den Obrigkeitsstaat des Kaiserreiches und zum anderen die die Weimarer Republik bestimmenden politischen Konflikte wider, die sich dann ebenso in den Programmdebatten des Deutschen Widerstandes niederschlugen wie in den Auseinandersetzungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Sie wurden maßgeblich dadurch überwunden, daß sich Deutschland auf eine klare Westorientierung festlegte und sich dank der Tatkraft Konrad Adenauers und Ludwig Erhards eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung etablieren konnte, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ebenso verband, wie Demokratie und die Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Hieraus bildete sich ein Konsensus, der sich bei allen Schattierungen und Ausein-

andersetzungen als lebens- und bestandskräftig erwies und dann auch die Grundlage für die Wiedervereinigung Deutschlands bildete, ohne das Grundgesetz unseres Staates und die daraus folgende ordnungspolitische Konzeption von Wirtschaft und Gesellschaft in Frage stellen zu müssen.

Die Weimarer Republik war an der mangelnden politischen wie auch zugleich ordnungspolitischen Kompromißfähigkeit der Demokraten gescheitert. Es zeigte sich nach 1945 insbesondere in der verfassunggebenden Versammlung, daß eine neue Republik nur dann entstehen würde, wenn eine gemeinsame Verantwortung für die freiheitlichen Gewährungen und einen friedensstiftenden Ausgleich der Interessen besteht. Die Bindung an die westlichen Demokratien und der mit der berühmten Züricher Rede von Winston Churchill in Gang gesetzte europäische Einigungsprozeß haben diesen nationalen Konsens ebenso befördert wie der freiheitliche und sozialverantwortliche Aufbau von Wirtschaft und Gesellschaft, der den friedlichen Ausgleich der Interessen zum integralen Bestandteil des neuen sozialen Vertrages werden ließ.

Betrachtet man nun die Dokumente des Deutschen Widerstandes vor dem Hintergrund dieser politischen, ökonomischen wie sozialen Prozesse, so kann mit Einschränkungen die These gewagt werden, daß ohne die geistigen Vorarbeiten des Deutschen Widerstandes sich diese außen- wie sicherheitspolitische, wirtschafts- wie gesellschaftspolitische Entwicklung wohl kaum friedlich und einigend durchgesetzt hätte. Aus der Mitverantwortung für das Scheitern der Weimarer Republik, aus der Mitverantwortung für die Entfaltung der totalitären Herrschaft ist dann doch eine breit angelegte Bewußtseinshaltung in allen Parteien entstanden, die dem Deutschen Widerstand heute eine identitätsstiftende Funktion für das Nachkriegsdeutschland zuordnet.

Der Deutsche Widerstand steht in der Tradition der nationalen Freiheitsbewegungen. Dies ist auch der Grund dafür, daß der 20. Juli 1944 jedes Jahr – ohne Staatstrauertag zu sein – als nationaler Gedenktag von den politischen Führungen aller politischen Parteien des demokratischen Spektrums wahr- und zugleich ernst genommen wird. In diesem übergeordneten Sinne steht die deutsche Demokratie in der Verantwortung, das Vermächtnis des Deutschen Widerstandes zu pflegen und zugleich unter dem Begriff der „Verantworteten Freiheit“ über die gemeinsame politische Zukunft nachzudenken.

Für die Würdigung des Schicksals der Männer und Frauen des Deutschen Widerstandes ist und bleibt nicht die Frage entscheidend, ob „zu spät“ nachgedacht und gehandelt wurde. Entscheidend ist und bleibt, was aus der Kraft des Gewissens, aus der Verantwortung vor Gott und den Menschen, aus der Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit gedacht und dann getan und wie das eigene Leben in die Waagschale geworfen wurde. Und dies erlegt uns eine große Verantwortung auf, um auch heute der Anfrage an unser Gewissen, an unsere freiheitliche und soziale Verantwortung gerecht zu werden.

So bleibt die wichtigste Erkenntnis: Die Bewahrung des Rechtes ist die wichtigste Voraussetzung für die Freiheit und die Gerechtigkeit und bleibt das wichtigste Fundament politischer Herrschaft. In diesem Sinne haben wir das Wort von Helmut James von Moltke in der Denkschrift von 1940 ernst zu nehmen, das sagt: „Es ist der Sinn des Staates, Menschen die Freiheit zu verschaffen, die es ihnen ermöglicht, die natürliche Ordnung zu erkennen und zu ihrer Verwirklichung beizutragen“.

Die Bezeichnung „Kreisauer Kreis“ ist nach dem 20. Juli 1944 in den Verhören der Geheimen Staatspolizei (GESTAPO), insbesondere in den sogenannten „Kaltenbrunner-Berichten“ verwendet worden, um die aus damaliger Sicht veräterischen und staatsgefährdenden Aktivitäten einer Gruppe von Menschen um Moltke und York identifizieren zu können, die sich um eine geistige Neuorientierung und eine Neuordnung Deutschlands für die Zeit nach dem Zweiten Weltkriege und dem erhofften Ende der totalitären Diktatur der Nationalsozialisten bemüht haben. Kreisau, das heute in dem deutsch-polnischen Dialog wieder eine zentrale Rolle spielt und hoffentlich weiter spielen wird, war das Landgut des Generalfeldmarschalls von Moltke, das bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges trotz aller Wirren der Zeit und vielfältiger wirtschaftlicher Schwierigkeiten im Eigentum der Familie von Moltke geblieben ist.

Lassen wir in diesem Zusammenhang die in der späteren Phase des Deutschen Widerstandes vielfältigen Querverbindungen zum militärischen Widerstand um Generaloberst Beck, General Henning von Tresckow, zum Obersten Graf von Stauffenberg und die politischen Kreise im Umfeld des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters Goerdeler beiseite, so sind zu dem Kreisauer Kreis neben den herausragenden Persönlichkeiten Helmut James Graf von Moltke und Peter Graf York von Wartenburg insbesondere zu zählen Adam von Trott zu Solz, Hans-Bernd von Haefen, Theodor Steltzer, Eugen Gerstenmaier, Horst von Einsiedel, Carl Dietrich von Trotha, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach, Julius Leber, Alfred Delp, Otto-Heinrich von der Gablentz, Paulus von Husen, Hans Lukaschek, Lothar König, Hans Peters, Adolf Reichwein, Augustin Rösch und Harald Poelchau. Zu erwähnen ist auch Günther Schmolders, der diesem Kreis als Gutachter zugearbeitet hat.

Hinsichtlich der Biographien, ihrer geistigen Gestalt, ihres politischen Wirkens, ihres Leidensweges bis zum gewalttätigen Tode sowie des politischen Wirkens Einzelner nach dem Zweiten Weltkriege sei verwiesen auf die Darstellungen von Albrecht von Moltke und auf die eindrucksvollen Bände von Annedore Leber, Willy Brandt und Karl-Dietrich Bracher „Das Gewissen steht auf“ und „Das Gewissen entscheidet“. Beide Bände sind 1984 wieder neu aufgelegt und in einem Band vereint wieder aufgelegt worden.

An den Namen der Angehörigen bzw. Teilnehmern des Kreisauer Kreises und ihren jeweiligen unterschiedlichen Lebensläufen, Berufen und geistigen wie poli-

tischen Profilen ist ablesbar, daß hier ein ungewöhnlicher „Brückenschlag“ über tradierte parteipolitische und auch berufliche Barrieren hinaus geschlagen werden konnte, der in historisch vorbildlicher Weise eine staatspolitische Notwendigkeit definierte und vorwegnahm, die die Gründungsphase der Bundesrepublik Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit charakterisierte.

Das Gewicht der Persönlichkeit, die geistige Ernsthaftigkeit und politische Dringlichkeit der von allen Seiten erkannten Herausforderung und die gemeinsame Not unter der erdrückenden Diktatur des Nationalsozialismus bestimmten Freimut, Toleranz und die Fähigkeit, sich auch bei tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten gegenseitig Respekt zu zollen und anzuerkennen. Es befähigte den „Kreisauer Kreis“ dazu, Konzepte einer Neuordnung zu entwickeln, die in vielfältiger Weise auch ihren Niederschlag in dem geistigen wie politisch praktischen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Zweiten Weltkriege gefunden haben.

In dem bereits genannten von mir und Gerhard Ringshausen zu verantwortenden Dokumentationsband der Neuordnungspläne von Widerstand und Exil findet sich eine Vorbemerkung, die die Vorgeschichte wie folgt umreißt: Auf dem Gut Kreisau in Schlesien traf sich der Kern des „Kreisauer Kreises“ an drei Wochenenden zu Pfingsten 1942 vom 22. bis 25. Mai, im Herbst vom 16. bis 18. Oktober 1942 und zu Pfingsten 1943, vom 12. bis 14. Juni. Diese Treffen gliedern die zentrale Phase der programmatischen Arbeit des sich vergrößernden Kreises. Vorangegangen war das Zusammenfinden von Moltke, York, Otto-Heinrich von der Gablentz, Horst von Einsiedel und anderen, die wie der Professor der Volkswirtschaft, Günter Schmoeders, auch in der Nachkriegszeit maßgeblichen Einfluß auf die Formulierung der Ordnungspolitik der Sozialen Marktwirtschaft genommen haben. Während die agrarpolitischen Probleme 1942/43 auf vier Treffen mit weiteren Fachleuten auf dem Gut von Ernst von Borsig, nahe bei Berlin, und dem Yorkschen Gut in Klein-Öls in Schlesien besprochen wurden, erarbeiteten die Kreisauer Treffen das sogenannte „Kreisauer Programm“.

Die erste Kreisauer Tagung vertiefte die „Grundlagen der Staatslehre“ hinsichtlich Kirche und Staat sowie Bildung und Erziehung, wobei der heute wieder weitbeachtete Pädagoge Adolf Reichwein über Schulfragen und Moltke über Hochschulreform und ihre zukunftsbestimmende Dringlichkeit referierte.

Für evangelische Antworten auf die theologischen Fragen hatte Gablentz Theodor Steltzer gewonnen. Beide gehörten zur evangelischen Michaelsbruderschaft, der auch Hans-Bernd von Haefthen nahestand. Er nahm jedoch an keinem Kreisauer Treffen teil, schickte aber den Gefängnispfarrer Harald Poelchau, der in der späten Phase der Gefängniszeit für viele Verurteilte im Gefängnis Plötzensee eine menschlich entscheidende Rolle eingenommen hat.

Die katholische Seite vertraten der schon lange mit Moltke bekannte Jurist Hans Peters und der Jesuit Pater Augustin Rösch. Der Münchener Provinzial der Jesuiten, Augustin Rösch, gewann für die zweite Kreisauer Tagung und ihre



Vorbereitung seine Ordensbrüder Alfred Delp und Lothar König, um den katholischen Beitrag zum Staats- und Wirtschaftsaufbau einzubringen. Bereits im Sommer 1942 hatte der Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing Moltke die Beachtung des katholischen Naturrechts nahegelegt, das Alfred Delp dann in die Kreisauer Diskussion einzubringen suchte.

Der als Verbindungsmann zum Württembergischen Landesbischof Theophil Wurm zu den Kreisauern gestoßene Eugen Gerstenmaier, Konsistorialrat im kirchlichen Außenamt, und in der Nachkriegszeit dann Bundestagspräsident und einer der wichtigsten Repräsentanten der CDU, lehnte naturrechtliches Denken im Unterschied zu den anderen Evangelischen des Kreises nicht ab. Hinsichtlich der bedeutsamen Querverbindungen zum christlichen Widerstand sei ausdrücklich auf Roman Bleistein und seine Darstellung Alfred Delps und seiner Rolle im Kreisauer Kreis verwiesen, die die Beziehungen zum Ausschuß für Ordensangelegenheiten des deutschen Episkopats, zum Vatikan, zur Katholischen Arbeiterbewegung bis hin zur Weißen Rose und zum militärischen Widerstand verdeutlicht.

Wichtig für die Wirtschaftsfragen und die politische Orientierung des Kreises wurden die Kontakte zu den Sozialdemokraten Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Wilhelm Leuschner, als dessen Vertreter Hermann Maaß an der zweiten und dritten Kreisauer Tagung teilnahm. Die Wirtschaftsfragen wurden erneut neben der Außenpolitik und Fragen der Bestrafung der Rechtsschänder auf der dritten Tagung thematisiert. Als Außenpolitiker des Kreisauer Kreises referierte Adam von Trott zu Solz, der wie sein Freund von Haeften seit 1941 zu dem Kreis gehörte. Für die Wiederherstellung des Rechts schlug Paulus von Husen in seiner Ausarbeitung, in Abweichung von der Auffassung von Moltkes, die Bestrafung der NS-Täter durch rückwirkende Gesetze vor. Die Ergebnisse faßte von Moltke im Sommer 1943 in den „Grundsätzen für die Neuordnung“ zusammen, denen weitere Texte und Überarbeitungen folgten.

Am 19. Januar 1944 wurde Moltke im Zuge des Vorgehens des Reichssicherheitshauptamtes verhaftet. In der Zeit bis zum 20. Juli 1944 stellte sich den Mitgliedern des Kreises die Frage, ob sie den von Claus Schenck Graf von Stauffenberg vorbereiteten Umsturz trotz der Warnungen Moltkes unterstützen sollten. Kurz vor dem 20. Juli wurden Adolf Reichwein und Julius Leber verhaftet, unmittelbar nach dem Attentat Graf York, Eugen Gerstenmaier und Hans Lukaschek und in den darauffolgenden Tagen Haeften, Trott zu Solz und Delp. Im August folgten Steltzer und Haubach. Nur Gerstenmaier, Lukaschek und Steltzer entgingen dem Tod.

Die persönliche Verantwortung soll Wirtschaft und Selbstverwaltung von den kleinen Gemeinschaften bis zur Völkergemeinschaft bestimmen, die im Interesse des Friedens an die Stelle der „Aufrechterhaltung absoluter einzelstaatlicher Souveränität“ tritt. Entsprechend vollzieht sich der Aufbau des Landes auf der Grund-

lage der Familie von überschaubaren Gemeinschaften aus, wobei nur bis zur Ebene der Kreise die Bürger, für die höheren Gremien aber jeweils die Vorausgehenden wahlberechtigt sind. Der starken Betonung von Subsidiarität und Dezentralisierung entspricht die Orientierung an Personen. Parteien sind deshalb nicht vorgesehen, vielmehr sollen Selbstverwaltung, Föderalismus und Elitebildung die egalitären Tendenzen von Demokratie und Vermassung überwinden.

Mit Blick auf die außenpolitischen Vorstellungen ist und bleibt gerade von Moltkes grundlegende Auffassung von dauerhafter Bedeutung, daß Deutschland in der Zukunft seine Rolle und sein Maß nur in einem Kontext europäischer Einigungsbemühungen finden wird. In einem Brief an einen englischen Freund vom April 1942 sagt er hierzu folgendes: „Die großen Gefahren, die uns bedrohen, sobald wir den Nationalsozialismus los sind, zwingen dazu, uns Europa nach dem Kriege vorzustellen. Wir haben nur dann Aussicht, unser Volk dazu zu bringen, diese Schreckensherrschaft schließlich zu stürzen, wenn wir ihm ein Bild jenseits der schrecklichen, hoffnungslosen nächsten Zukunft zeigen können. Ein Bild, wonach zu streben, wofür zu arbeiten, woran zu glauben, wofür neu zu beginnen sich für das enttäuschte Volk lohnt. Für uns ist Europa nach dem Krieg weniger eine Frage von Grenzen und Soldaten, von komplizierten Organisationen oder großen Plänen. Europa nach dem Krieg ist die Frage: ‚Wie kann das Bild des Menschen in den Herzen unserer Mitbürger wiederhergestellt werden?‘“

Ganz unbestreitbar hat es in dem Kreisauer Kreis eine Vorstellung von einem sich einigenden Europa gegeben, das eine Vorwegnahme der europapolitischen Konzeption ist, die in der Nachkriegszeit dann einen so starken Widerhall in der europäischen Bewegung gefunden hat, die schließlich zu den Römischen Verträgen führte und heute das Bemühen prägt, den verfassunggebenden Prozeß mit Blick auf europäische Menschenrechte und Grundsätze freiheitlicher demokratischer Ordnung in Gang zu setzen. Man könnte sich wünschen, daß dieses geistige Konzept wieder zum Grundton aller Bemühungen wird, die um die emotionale Zustimmung der Bürger werben.

Es ist in diesem Rahmen nicht möglich, die weitergehenden außenpolitischen Vorstellungen darzustellen, die auch Einfluß auf das Staatsverständnis des Kreisauer Kreises hatten und die uns heute wieder beschäftigen, wenn wir über die Zukunftsaussichten der Vertiefung und Erweiterung nach Osten nachdenken. Bei einem historisch bewußten Bemühen sollte nicht übersehen werden, daß die uns gemeinsam beschäftigende Verständigungspolitik nach Osten schon in der Zeit des Widerstandes als unverzichtbar angesehen wurde, um eine neue Stabilität für Europa und ein höheres Maß an friedlicher Verständigung der Völker in der internationalen Politik erreichen zu können. Für alle diese Fragen sei ausdrücklich auf Clemens von Klemperer verwiesen, der in seinem Werk „Die verlassenen Verschwörer – Der Deutsche Widerstand auf der Suche nach Verbündeten 1938

bis 1945“ den außenpolitischen Bemühungen des Deutschen Widerstandes einen dauerhaften historischen Platz zugeordnet hat.

Wenden wir uns nun den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Programmvorstellungen des Kreisauer Kreises innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung zu, so ist das staatspolitische Verständnis des Kreisauer Kreises von entscheidender Bedeutung. Bezug genommen wird insoweit ausdrücklich auf Helmut James von Moltkes Ausführungen „Über die Grundlagen der Staatslehre“ in seiner Fassung vom 20. Oktober 1940, die auch in dem genannten Dokumentationsband von Gerhard Ringshausen und mir zu finden ist. Bezug genommen wird auch auf Peter Steinbach und seine Darstellung des Kreisauer Kreises in seiner historischen Bedeutung, der den Introitus der Programmvorstellungen wie folgt formulierte: „Es ging niemals allein um die Konkretisierung einer verfassungspolitisch manifesten Nachkriegsordnung, sondern um die Konturierung einer menschenwürdigen Ordnung, die nicht nur durch Institutionen wie Recht, Verwaltung, Regierung, Verbände, Wahlrecht, Kirchen, Schulen und Universitäten, sondern vor allem durch den Umgang der Menschen miteinander, also durch jene Beziehungen, die erst ein Gemeinwesen konturieren, geprägt wurden“. Nach der von Ringshausen und mir vertretenen Auffassung thematisierte der schriftliche und mündliche Gedankenaustausch des Kreisauer Kreises die Grundlagen von Gerechtigkeit und Recht, Ordnung und Freiheit, Moral und Politik, um dem NS-Staat wieder eine freiheitliche Ordnung entgegenzustellen.

Während York Staat und Freiheit einem ethischen Postulat unterwerfen wollte, lehnte Moltke jede Ideologisierung ab und vertrat im Anschluß an Kant und Hans Kelsen die These, daß Recht und staatliche Macht die Freiheit des Einzelnen gegen die Willkür sichern und beschränken müssen. Als alleinige Bedingung gilt dabei die nur im konkreten Fall einsichtige „Natur der Dinge“, die „Natürliche Ordnung“, die Gablentz gegen das naturrechtliche Mißverständnis als „Rechte Ordnung“ fassen wollte. Zu ihrer Erkenntnis und verantwortlichen Anwendung müssen sich Bürger und Staatsmann auf „Ethische Gebote“ und ihre glaubensmäßige Basis stützen. Dem gegenüber ist die Wirtschaft in einer Mittel-Zweck-Relation staatlicher Lenkung unterworfen, um die Beschaffung der notwendigen Lebensgüter zu gewährleisten.

Von dauerhafter Bedeutung bleiben das Verständnis des Rechts als „Schutz der Schwachen“, das Vertrauen in die Wirkung der Wahrheit und zugleich als Ausdruck „Autonomer Moralität“, so daß die „Majestät des Rechtes“ ganz in das Zentrum allen politischen Handelns gerückt wird. Die individuelle Freiheit muß in den staatlichen Institutionen ihre Gewährleistung finden. Freiheit ist hierbei nicht individualistisch definiert, sondern durch eine Ordnung der Mitmenschlichkeit, die auf die gleichmäßige Wahrnehmung von Rechten und Pflichten gerichtet ist. Moltke formulierte in einem Brief an York in aller Kürze, aber um so eindrucksvoller: „Die letzte Bestimmung des Staates ist es daher, der Hüter der

Freiheit des Einzelnen zu sein. Dann ist es ein gerechter Staat“. Es ist also die Freiheit der anderen, die dem Staat die Pflicht auferlegt, zur Bewahrung des Rechtes ohne Ansehen der Person alles zu tun, um eine Entfaltung der persönlichen Freiheit zu ermöglichen und gleichermaßen Gerechtigkeit und Chancengleichheit anzustreben.

Es ging also um den „Grund von Politik“ oder – wie es Hermann Maaß wiederholt sagte –, um eine „höhere Idee“, also um die Substanz des freiheitlichen, modernen und zukunftssträchtigen Verfassungsstaates. Wer den Widerstand und insbesondere das Denken des Kreisauer Kreises in einer solchen Weise wahrnimmt, kommt zu der Überzeugung, daß das Denken des Deutschen Widerstandes eine existentielle Vorbereitung eines modernen Rechts- und Verfassungsstaates gewesen ist, dem sich der politisch Handelnde auch ethisch verpflichtet weiß.

Mit Bezug auf die Darstellung der Wirtschaftsordnungskonzeption des Kreisauer Kreises und die Arbeiten von Albrecht von Moltke ist die Erkenntnis der Kreisauer von Bedeutung, daß die Frage der Wirtschaftsgestaltung vordringlich ist, wenn nicht alle Ordnung in Frage gestellt werden soll. Ausdrücklich wird in den Programmschriften gesagt: „Ohne eine Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben gibt es keine Stabilität der gesellschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Staaten, kein Friede unter den Staaten“.

Erkannt wurde also der enge Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Stellung einzelner Personen oder Bevölkerungsschichten und der Stabilität der Gesellschaft als Ganzes. Nach den großen Spannungen des Ersten Weltkrieges und der ihr folgenden ersten großen weltweiten Inflationswelle und den Verwerfungen der totalitären Diktatur, auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, war allen klar, daß die soziale Sprengkraft ungleicher Wirtschaftsverhältnisse entschärft werden und die wirtschaftliche Stellung des Einzelnen in Zukunft besser gesichert werden müsse, als dies in den vorausgehenden Jahrzehnten gelungen war.

Hierbei wurde die Wirtschaft, der wirtschaftliche Prozeß als Ganzes nicht als Selbstzweck, sondern als ein dem Menschen dienendes Mittel zur verantwortlichen Gesellschaftsgestaltung gesehen: „Das Ziel der Wirtschaft ist der Mensch“. Also nicht die wirtschaftliche, ökonomische Effizienz hat im Vordergrund der Betrachtung zu stehen, sondern vielmehr die Auswirkung von wirtschaftlichen Organisationsstrukturen auf die konkrete Lebensform des Einzelnen, der kleineren wie der größeren Gemeinschaft. Man war sich bewußt, daß die fortschreitende Arbeitsteilung, die zunehmende Technisierung und Massenproduktion die Welt weiter verändern wird und den Menschen in seiner individuellen Lebenswahrnehmung isolieren und in bedrängender Weise gefährden kann, wenn es nicht gelingt, der materiellen Dimension eine auf die Lebenswahrnehmung der Person abzielende neue ethische Dimension von Rechten und Pflichten zu erschließen.

Das Kreisauer Ordnungskonzept enthält ebenso eine deutliche Ablehnung einer zentral geplanten Wirtschaft, insbesondere nach den Herrschaftsmustern